

Kontrollamt bestätigt Prater-Fiasko

MASSIVE KRITIK. Der Riesenrad-Vorplatz kostet deutlich mehr; die Stadt missachtete das Vergaberecht.

VON GERHARD BITZAN

WIEN. Vernichtend fällt der am Donnerstag veröffentlichte Bericht des Wiener Kontrollamtes zum neuen Riesenrad-Vorplatz im Prater aus: Verdoppelung der Bau- und Errichtungskosten auf mindestens 60 Millionen Euro, Missachtung des Bundesvergabegesetzes, Beauftragung einer Firma, die keine Baumeisterbefugnis hatte. Dies sind nur einige der schweren Vorwürfe, die das Kontrollamt in seinem neuen Bericht festhält.

Verantwortlich dafür sind Tochtergesellschaften der Stadt Wien, die in einer komplizierten rechtlichen Konstruktion den Bau abwickelten. Politisch verantwortlich ist laut Ansicht der Opposition eindeutig Vizebürgermeisterin Grete Laska. „Sie muss zurücktreten“, fordert daher etwa die Grünen-Chefin Maria Vassilakou.

Die Vorgeschichte: Im Zuge der Prater-Erneuerung sollte nach dem Wunsch Laskas vor allem der unansehnliche Riesenrad-Vorplatz ein neues Gesicht bekommen. Dafür verantwortlich war die hundertprozentige Stadt-Wien-Toch-

ter „Prater Marketing Gesellschaft“, die wiederum eine Tochter gründete, die „Riesenradplatz-Errichtungsgesellschaft“. Als Finanzierungspartner wurde die Immofinanz gewählt, die ihrerseits die Firma Explore mit der Planung und mit der Bauausführung beauftragte. Angeblich auf Druck aus dem Rathaus. Laska sagte damals zu dieser freihändigen Vergabe, dass wegen der nahenden EM Zeitdruck bestanden habe und die Stadt ja ohnehin nicht direkt als Auftraggeber auftrete.

Andere Rechtsansicht

Stimmt nicht, sagt jetzt das Kontrollamt, das die rechtlichen Grundlagen genau prüfte. Eine öffentliche Ausschreibung sei notwendig gewesen. Die Prater Service Gesellschaft meint zu der Kritik nur, „dass diese Einschätzung nicht zwingend ist“. Und SPÖ-Planungssprecher Heinz Vettermann verteidigt Laska mit den Worten: Zum Zeitpunkt der Beauftragung habe eben eine andere Rechtsansicht geherrscht.

Schlüssel der Kontrollamtskritik ist das Unternehmen Explore, das



Horrorbericht: Die Vorgänge um den Riesenrad-Vorplatz waren nicht nach dem Geschmack des Kontrollamtes. (Fabry)

als Totalunternehmer engagiert worden ist und im Mai in die Zahlungsunfähigkeit schlitterte. Diese Gesellschaft hätte aber gar keine Berechtigung gehabt, da sie bisher nur Veranstaltungsorganisationen durchführte, meint jetzt das Kontrollamt. Für so einen Auftrag wie

den Bau des Riesenradplatzes wäre eine Bauräger- oder Baumeisterbefugnis notwendig gewesen, die die Geschäftsführer von Explore aber nicht hatten.

Interessantes Detail: Auch im Magistrat kannte man dieses Problem. Die MA 59 (Marktamt) erstattete Anzeige, das Strafverfahren ist derzeit noch im Gange.

Planer und Pächter

Kritisch merkt das Kontrollamt auch an, dass der Geschäftsführer von Explore gleichzeitig auch als Pächter für ein Unternehmen auf dem neuen Prater-Vorplatz auftrat. Da gebe es eindeutige Interessenkollisionen, meint das Kontrollamt.

Entwaffnend die Antwort von „Prater Service“: Man sei davon ausgegangen, „dass die Bauführung in einem solchen Fall besonders sorgfältig durchgeführt wird, da ja der Errichter sodann auch nachhaltiger Nutzer des Bauwerkes ist“.

Was die Kosten betrifft, vermerkt das Kontrollamt, dass durch die jetzige Finanzkrise der Betrag von knapp 60 Millionen noch höher werden könnte. Als richtig wird dagegen der Zuschuss der Stadt Wien von rund 7,9 Millionen Euro bewertet, der den von der Explore-Insolvenz betroffenen Subunternehmern des Prater-Vorplatzes zugute kam. Schließlich wurde in dem Bericht vermerkt, dass Teile des Vorplatzes ohne Baubewilligung errichtet und Höhen zum Teil massiv überschritten wurden.

Die grüne Planungssprecherin Sabine Gretner, die seit Monaten die Umstände der Riesenradplatz-Errichtung kritisiert, freute sich, dass sie vom Kontrollamt bestätigt worden sei. Das Prüf-Ersuchen an

das Kontrollamt war nicht leicht durchzubringen. Zuerst wurde es von der SP-Mehrheit abgelehnt; die Grünen konnten es nur durchsetzen, weil sie das vorgesehene Minderheitenrecht beanspruchten und als grüner Klub einen Prüf-antrag stellten. **Kommentar Seite 39**

zitiert

„Bei der Vergabe der Totalunternehmerleistungen für den Riesenradplatz wären die Bestimmungen des Bundesverfassungsgesetzes anzuwenden gewesen.“

Prüfbericht des Kontrollamtes

„Zum Zeitpunkt der Beauftragung hat eine andere Rechtsansicht bestanden.“

Heinz Vettermann, SP-Planungssprecher

„Sowohl die Planungs- als auch Bauabwicklungsleistungen wurden ohne jeglichen Wettbewerb vergeben.“

Prüfbericht des Kontrollamtes, Seite 65

„Entweder hat es ein Naheverhältnis Laskas zu dem Unternehmen Explore gegeben, dann ist ihr Verhalten unentschuldig. Oder sie war blauäugig.“

Maria Vassilakou, Grünen-Chefin

AUF EINEN BLICK

■ **Chaos um den Riesenrad-Platz**
Die Neugestaltung des Vorplatzes vor dem Riesenrad im Wiener Prater fand wegen der nahenden Fußball-EM unter großem Zeitdruck statt. Daher wurden Aufträge freihändig vergeben. Nach Ansicht des Kontrollamtes wurden damit die vergaberechtlichen Bestimmungen (Bundesvergabegesetz) verletzt. Zugleich wird in dem Bericht kritisch angemerkt, dass sich die Gesamt-

kosten (Bauführung und Finanzierungskosten) drastisch erhöhen werden – auf mindestens 60 Millionen Euro. Außerdem seien Bestimmungen der Wiener Bauordnung wiederholt umgangen worden. Die Stadt musste jedenfalls fast acht Millionen Euro zuschießen, weil der Generalunternehmer pleite ging. Die Staatsanwaltschaft prüft derzeit die Vorgänge um den Prater auf strafrechtliche Relevanz.

WIEN

Prater: Kontrollamt bestätigt Fiasko

Vernichtend fällt der am Donnerstag veröffentlichte Bericht des Wiener Kontrollamts zum neuen Riesenrad-Vorplatz im Prater aus. Die Hauptvorwürfe: Eine Verdoppelung der Bau- und Errichtungskosten (60 statt 30 Mio. Euro), Missachtung des Bundesvergabegesetzes, Beauftragung einer Firma ohne Baumeisterbefugnis.

Verantwortlich dafür sind Tochtergesellschaften der Stadt Wien, die in einer komplizierten rechtlichen Konstruktion den Bau abwickelten. Politisch verantwortlich ist Vizebürgermeisterin Grete Laska. Sie soll den Bauauftrag ohne Ausschreibung an die Firma Explore vergeben haben. Laska sagte damals zu der freihändigen Vergabe, dass wegen der nahenden EM Zeitdruck bestanden habe und die Stadt ja nicht als Auftraggeber auftrete. Stimmt nicht, sagt das Kontrollamt, eine Ausschreibung wäre nötig gewesen. Außerdem habe die Firma Explore bis zum Bauauftrag nur Veranstaltungsorganisationen durchgeführt und keine Baumeisterbefugnis gehabt. S.13